

Günter Prinzing

Eduard Schwartz und das Einbürgerungsgesuch des staatenlosen Dr. Ostrogorsky

Im Anschluss an drei Beiträge zur Biographie des Byzantinisten russischer Abkunft Georg Ostrogorsky (St. Petersburg 1902 – Belgrad 1976),¹ betrifft diese Miszelle die Klärung der näheren Umstände, unter denen er die deutsche Staatsangehörigkeit erwarb. Hierbei geht es zunächst um zwei Fragen: Was bewog den jungen Ostrogorsky, der im Sommer 1925 sein Doktorexamen in Heidelberg mit Auszeichnung bestanden hatte, schon bald darauf (1926) ein Einbürgerungsgesuch an den Freistaat Baden zu richten, und woran lag es, dass sich die damit verbundene behördliche Prozedur unerwartet lang bis in den Sommer 1927 hinzog? Denn erst am 4. Juli 1927 wurde Ostrogorsky seitens der Verwaltung („Bezirksamt-Polizeidirektion“) der „Kreishauptstadt Heidelberg“ folgende Mitteilung postalisch zugestellt: „Der staatenlose Dr. phil. Georg Ostrogorsky, Student, geboren am 6./19.1.1902 in Petersburg, ledig, hier Geisbergstr. 16^{II}, hat die Staatsangehörigkeit im Freistaat Baden durch Einbürgerung erworben und ist damit Deutsche[r] geworden.“²

Nicht zuletzt aber geht es hier, wie der Titel schon andeutet, auch darum, die bislang unbekannte Rolle kurz zu beleuchten, die Eduard Schwartz (1858–1940), der hochangesehene Gräzist (und Kirchenhistoriker) der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität,³ in diesem Zusammenhang gespielt hat.

1 Vgl. G. PRINZING, Georg Ostrogorsky (hier künftig Georg O. bzw. G. O.) im Spiegel seiner Korrespondenz mit Percy Ernst Schramm. *Bsl* 78 (2020) 6–62, mit 4 Abb.; G. PRINZING, Nochmals zu Georg O. und seiner Korrespondenz mit Percy Ernst Schramm: *Addenda und Corrigenda*. *Bsl* 79 (2021) 238–257, mit 7 Abb.; G. PRINZING, Die Briefe des Studenten G. O. aus Paris an seinen Mentor Edgar Salin, verfasst im Wintersemester November 1924–März 1925, in I. Grimm-Stadelmann / A. Riehle / R. Tocci / M.M. Vučetić (ed.). *Anekdoten Byzantina*. Studien zur byzantinischen Geschichte und Kultur. Festschrift für Albrecht Berger anlässlich seines 65. Geburtstags. *BA*, 41. Berlin / Boston 2023, 517–539 (mit 3 Abb.), hier auch zuletzt zur Biographie G. O.s speziell 517–521.

2 PRINZING, Nochmals (wie oben Anm. 1) 249 und 254–255, mit Abb. 6 und 7. Vgl. auch unten Anm. 37.

3 Vgl. zu ihm W. UNTE, Schwartz, Eduard. *NDB* 23 (2008) 797–799 (Digitalisat, im open access: <http://mdz-nbn-resolving.de/urn:nbn:de:bvb:12-bsb00019558-8>, hier 797 die Erwähnung der drei Söhne Gerhard, Ivo (beide gefallen im 1. Weltkrieg), Gustav (1894–nach 1972); und U. HEIL / A. VON STOCKHAUSEN (Hrsg.), *Crux interpretum*. Ein kritischer Rückblick auf das Werk von Eduard Schwartz. *TU*, 176. Berlin / Boston 2015, und allgemein den Wikipedia-Artikel: Eduard Schwartz.

Zur Lösung dieser Fragen führen uns Informationen, die sich teils in Ostrogorskys Korrespondenz mit seinem etwas älteren Freund, dem Mediävisten (und gebürtigen Hamburger) Percy Ernst Schramm (1894–1970)⁴ finden (siehe oben Anm. 1), teils in der weitgehend noch unedierten Korrespondenz Ostrogorskys mit seinem Mentor (und Doktorvater) Edgar Salin (1892–1974),⁵ vor allem aber im hier erstmals ausgewerteten zehnblättrigen Konvolut der Akte „Dr. Ostrogorsky, Georg“ (so der handschriftliche Eintrag auf dem Aktendeckel, vgl. unten Abb. 1) aus dem einstigen badischen *Ministerium des Kultus und Unterrichts*. Es bezieht sich ausschließlich auf die Behandlung des Ostrogorsky-Gesuches und wird im Generallandesarchiv von Baden-Württemberg zu Karlsruhe unter der Signatur G.L.A. 235 No. 2362 verwahrt, vgl. Abb. 2–11. Gleichsam nebenbei erwiesen sich als eine vierte, wenngleich ganz indirekte Quelle die Erinnerungen von Gustav Schwartz, dem jüngsten der drei Söhne von Eduard Schwartz und seiner Frau Emma, geb. Blumenbach. Es war Erich Lamberz, der mich im Januar 2022 nicht nur auf dieses als Privatdruck des Verfassers erschienene Werk aufmerksam gemacht,⁶ sondern auch mit dessen Digitalisat versorgt hat. Daher freut es mich besonders, durch die Mitwirkung an seiner Festschrift dem Freund, Bewunderer und in mancher Hinsicht späten Nachfolger⁷ Eduard Schwartzens, für seine Gabe nun speziell mit diesem Text nochmals danken zu können.

Aber zurück zum Thema: Besagte Quellenkomplexe enthalten unterschiedlich detaillierte Hinweise darauf, wann, auf welchem Weg und weshalb Ostrogorsky Schritte unternahm, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben. So geht aus seiner Korrespondenz mit Salin ab März 1926, und zwar zunächst aus dem Brief vom 31.3.1926 (siehe im Quellenanhang = QA, Nr. 2), zweierlei hervor: Zum einen, dass

⁴ Vgl. zu ihm zuletzt PRINZING, Georg O. (wie oben Anm. 1) 8 und PRINZING, Die Briefe (wie oben Anm. 1) 522, mit weiteren Hinweisen.

⁵ Vgl. zu dieser Korrespondenz insgesamt die Angaben bei PRINZING, Die Briefe (wie oben Anm. 1) 522 mit Anm. 21, und zu Salin ebenda, 519 Anm. 7.

⁶ G. SCHWARTZ, Alles ist Übergang zur Heimat hin. Eduard Schwartz und die Seinen in ihrer Zeit 1897–1941. Wiesbaden 1964. G. Schwartz (*Gießen, 1894) war Jurist, wurde Ende 1923 mit einer Arbeit zum Staatsangehörigkeitsrecht zum Dr. iur. promoviert und ging 1924 zum *Reichsverband der deutschen Industrie*, dessen Syndikus er wurde, vgl. ebenda, 79, 82 und 85. Er starb „nach 1972“, siehe online den Eintrag bei https://de.wikipedia.org/wiki/Gustav_Schwartz (Zugriff 3.12.23).

⁷ „Nachfolger“ eben wegen seiner „epochalen Edition“ der Akten des VII. Ökumenischen Konzils, siehe W. BRANDES, Die neue Edition der Akten des Nicaenum II und einige historische Probleme, in W. Brandes/A. Hasse-Ungeheuer/H. Leppin (Hrsg.), Konzilien und kanonisches Recht in Spätantike und frühem Mittelalter. Aspekte konziliarer Entscheidungsfindung. *Forschungen zur byzantinischen Rechtsgeschichte*, N.F. 2. Berlin / Boston 2023, 279–304, hier 280f. Vgl. auch P. AGAPITOS, Vom Dokument zum literarischen Werk. Philologisch-literarisches zur neuen Ausgabe der Akten des Nicaenum II von Erich Lamberz, *ibid.*, 263–278, hier 266f.

Ostrogorsky sieben Wochen zuvor, also *Anfang Februar 1926*, eine *erste* Eingabe von Heidelberg, und zwar von seinem zuständigen Bezirksamt aus, an die badischen Behörden gerichtet hatte. Zum anderen, dass das Gesuch, das längst in Karlsruhe (sc. beim zuständigen Kultus-Ministerium) hätte sein sollen, sich noch immer unbearbeitet in Heidelberg befand. Die Bestätigung dafür, dass Ostrogorsky sein Gesuch über das Bezirksamt an die zuständige(n) Badener Behörde(n) gerichtet hatte, liefern sowohl Ostrogorskys Brief an Salin (QA, Nr. 7) vom 24.5.1927, worin er seinem Mentor mitteilt, er habe soeben vom „hiesigen Bezirksamt“ (sc. Heidelberg) „im Nachgang“ zu einem vorangegangenen [ersten] Schreiben derselben Stelle vom 10.11.1926 einen negativen Bescheid auf sein Gesuch erhalten, als auch sein Dankschreiben an Geheimrat Dr. Schwörer im Badischen Ministerium des Kultus und Unterrichts (QA, Nr. 11 / Abb. 9) vom 4. Juli 1927.⁸

Neben diesen Hinweisen auf den zeitlichen Ablauf und den behördlichen Fortgang, den das Gesuch genommen hat, sind im Hinblick auf den Themenaspekt, der die Rolle von Eduard Schwartz betrifft, zunächst die Informationen aus Nr. 1 und vor allem Nr. 3 im Quellenanhang von Bedeutung.

Allerdings ist die Information aus Nr. 1 (vom 1. Oktober 1926) wenig konkret, weil sich hier Ostrogorsky bei Schramm dafür bedankt, dass er „Geheimrat Schwartz“ von ihm „erzählt und ihn für die Sache interessiert“ habe. Doch worauf genau sich der Dank an Schramm bezieht, ist nicht ganz klar. Denn es bleibt offen, ob Ostrogorsky mit diesem Passus nur im engeren Sinne auf seine kurz vorher erwähnte „Arbeit“ (gemeint seine Habilitationsschrift zum Bilderstreit) anspielt oder nicht auch indirekt auf den schleppenden Fortgang seines schon im Februar eingereichten Gesuches auf Einbürgerung, das er (wie sich im Folgenden noch deutlich herauschälen wird) im Hinblick auf das von ihm angestrebte baldige Habilitationsverfahren gestellt hatte.

Bezüglich der Kontaktaufnahme Schramms zu Schwartz bekommt hier nun ein durch die Erinnerungen von Gustav Schwartz vermitteltes Detail ein gewisses Gewicht: der Umstand, dass Schramm und Gustav Schwartz seit ihrer (zeitweise) gemeinsamen Studienzeit in München⁹ so gut befreundet waren, dass sie beide mit ein paar anderen Freunden im Frühjahr 1921 eine fast vierwöchige Reise nach

⁸ Vgl. unten Anm. 36.

⁹ Schramm begann sein Studium noch 1914 in Freiburg, setzte es ab 1919 fort in Hamburg, ging dann für zwei Semester nach München und am Ende nach Heidelberg, wo er 1922 zum Dr. phil. promoviert wurde, vgl. D. THIMME, Percy Ernst Schramm und das Mittelalter. Wandlungen eines Geschichtsbildes. *Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften*, 75. Göttingen 2006, 57–60.

Italien unternahmen.¹⁰ Denn trotz des zeitlichen Abstands zum Jahr 1926 bleibt festzuhalten, dass sich dank der auf dieser Italienreise vertieften Freundschaft zwischen Schramm und Gustav/„Steffi“ künftig (bei Bedarf) nun wohl umstandslos ein Kontakt von Schramm zu Gustavs Vater Eduard Schwarz herstellen ließ.

Nach dieser kurzen Rückblende zum Jahr 1921 nun also wieder zurück zur erwähnten Nr. 3 (QA), Ostrogorskys Brief (an Salin) vom 28.3.1927, der mehrere, aufschlussreiche Angaben zum Thema enthält: Im ersten Satz betont Ostrogorsky seine Enttäuschung über das Ausbleiben jeglicher Reaktion auf sein Gesuch. Doch dann berichtet er von einem ihm „heute“ (28.3.27) durch Frau Schramm überbrachten Brief von Eduard Schwartz an ihren just am Vortag (27.3.) verreisten Mann.¹¹ Aus diesem Brief erfuhr Ostrogorsky (direkt oder indirekt) erstmals wichtige Neuigkeiten zum Fortgang des Verfahrens. So vor allem dies, dass Schwartz vor einiger Zeit erfahren hatte, dass sich das von Baden aus in Gang gesetzte Gesuch Ostrogorskys im behördlichen Umlaufverfahren der deutschen Länder befand, aber beim bayerischen Innenministerium blockiert wurde, ohne dass er (Schwartz) das Ministerium umstimmen konnte. Daraufhin hatte er sich dann an das bayerische Justizministerium gewandt, um mit dessen Unterstützung den Versuch zu unternehmen, das Innenministerium zur Aufgabe seiner Blockadehaltung zu bewegen. Doch auch dieser (2.) *Versuch* verlief ergebnislos, weil man sich im Innenministerium auf die Ansicht versteifte, dass (nach Ostrogorskys Formulierung) „der Habilitation eines Ausländers nichts im Wege stehe und insofern eine Einbürgerung für mich nicht nötig sei.“ (QA, Nr. 3). Schwartz habe es daher, Ostrogorsky zufolge, für wichtig gehalten, „dass aus Heidelberg die Notwendigkeit dieser Einbürgerung für

¹⁰ Vgl. SCHWARTZ, Alles ist Übergang (wie oben Anm. 6) 77, wo er festhält: „Zwei große Reisen konnte ich [...] unternehmen. Percy Schramm, mir der Nächste aus einem anregenden Kreis junger Historiker, hat mit Freunden eine Italienreise vorbereitet. Ich lasse mich gern überreden. 1921 waren Reisen ins ehemals feindliche Ausland nicht ohne Protektion zu bewerkstelligen. Wir bekamen sie und haben fleißig und genießerisch Florenz, Pisa, Rom besehen, auf dem Rückweg Bologna [...]“. Vgl. zur Reise auch THIMME, Schramm (wie oben Anm. 9) 12: „[...] unternahm der angehende Mediävist, gemeinsam mit seinem Freund Gustav »Steffi« Schwarz [sic] eine Reise nach Italien.“ und 122: „In seinen Erinnerungen schilderte Schramm später, was für eine besondere Bedeutung es für Schwarz und ihn hatte, drei Jahre nach Ende des Krieges eine Reise ins Ausland zu unternehmen. Es gab verschiedene Hindernisse zu überwinden, zu deren Bewältigung Schramms Vater seine diplomatischen Verbindungen spielen lassen musste.“ Zu Schramms Vater, dem Juristen und Hamburger Senator Max Schramm (1864–1928), der „seit dem Frühjahr 1925 zweiter Bürgermeister der Hansestadt war“, vgl. THIMME, ebenda, 39f. und 212 (hier das Zitat), sowie den Wikipedia-Artikel: [https://de.wikipedia.org/wiki/Max_Schramm_\(Politiker\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Max_Schramm_(Politiker)) (Zugriff 15.12.23).

¹¹ Dieser hatte sich offenbar inzwischen an Schwartz (vgl. auch die vorige Anm.) mit der Bitte gewandt, sich seinem Einfluss entsprechend bei den zuständigen bayerischen Ministerien für eine positive Beurteilung des Gesuches von O. einzusetzen.

eine Habilitation bestätigt werde“ (also seitens Heidelberger Professoren), und ihm, Ostrogorsky, geraten, ein Schreiben zu verfassen, „in welchem ich alle Gründe für die Unumgänglichkeit einer Naturalisation anführen soll.“ (QA, Nr. 3, 1).

Für die erwähnte Bestätigung indes hätte Ostrogorsky, der selbst unter Zeitdruck wegen einer Reise nach Prag und Belgrad stand,¹² die ihm näher bekannten Heidelberger Professoren aufsuchen und ansprechen müssen, was ihm aber, auch dies geht aus (QA, Nr. 3, 2) hervor, nur bei dem Klassischen Philologen Prof. O. Regenbogen¹³ gelang. Darum bat Ostrogorsky vorsorglich (im selben Brief) auch Salin darum, ein „ähnliches Schreiben an Eduard Schwartz zu richten (falls Sie es für nützlich halten?)[...] Wahrscheinlich würde es doch gut sein, wenn die nötige Bestätigung von zwei Dozenten gleichzeitig kommen würde?“ Ergänzend teilte Ostrogorsky Salin noch die Privatadresse von E. Schwartz mit und ließ sich zudem des längeren über die Frage der Fortzahlung seines *Notgemeinschaft*-Stipendiums im Zusammenhang mit dem Stand der Einbürgerung aus (QA, Nr. 3, 2), worauf hier nicht näher einzugehen ist.

Im folgenden Brief an Salin (6.5.27; QA, Nr. 4) gibt Ostrogorsky an, seine Rückreise von Belgrad in München für einen Besuch bei Schwartz unterbrochen zu haben. Er erfuhr von ihm, in der Einbürgerungsfrage habe sich noch nichts Neues ergeben, aber Schwartz sei sich ganz sicher gewesen, „die Sache doch durchsetzen zu können.“ Er sollte Recht behalten.

Denn bald darauf, am 13. Mai 1927, wandte sich, wohl auf Bitten Schramms und Ostrogorskys,¹⁴ der Heidelberger Neuzeithistoriker Prof. Willy Andreas,¹⁵ gestützt auf den ausdrücklichen Rückhalt weiterer Kollegen,¹⁶ brieflich an den zuständigen Hochschulreferenten im Badener Ministerium des Kultus und Unterrichts,

¹² Diese wohl ca. 14-tägige Reise, sollte nach Prag (1.–7. April) und von dort nach Belgrad (zum 2. Internationalen Byzantinistenkongress, 11.–16. April 1927) gehen (siehe O.s vorsorglich Salin mitgeteilten Adressen in Nr. 3).

¹³ Vgl. zu ihm D. DRÜLL, *Heidelberger Gelehrtenlexikon 1803–1932*.² Wiesbaden 2019, 647–648, und den Wikipedia-Artikel, Regenbogen, Otto: https://de.wikipedia.org/wiki/Otto_Regenbogen_%28Philologe%29.

¹⁴ Das lässt sich indirekt dem beigegeführten Exposé entnehmen (QA, Nr. 5.b / Abb. 3-4).

¹⁵ Vgl. zu ihm DRÜLL, *Gelehrtenlexikon* (wie oben Anm. 13) 3–4. Kontakte von Schramm und O. zu ihm sind im Zusammenhang mit einer geplanten Quellenedition belegt, vgl. PRINZING, *Die Briefe* (wie oben Anm. 1) 22 (Brief O.2 vom 3.9.25, 20–25).

¹⁶ Die Namen dieser Professoren sind dem Schreiben QA, Nr. 12, hier der Anlage II vom 9. Juli 1927 zu entnehmen: Täubler, Curtius, Hampe, Andreas und Neumann; der Name Regenbogen fehlt hier wohl deshalb, weil er sich zuvor schon gesondert geäußert hatte. Vgl. ferner DRÜLL, *Gelehrtenlexikon* (wie oben Anm. 13) 797–798 (zu E. Täubler, Althistoriker), 175–176 (zu L. Curtius, Archäologe), 322–323 (zu K. Hampe, Mediävist) und 566–567 (zu C. Neumann, Kunsthistoriker), zu Letzterem auch PRINZING, *Die Briefe* (wie oben Anm. 1) 523 Anm. 22.

Ministerialdirektor Geheimrat Dr. Schwörer, um „an Hand des beiliegenden Exposé's“ seine „gütige Teilnahme für die Einbürgerung des Herrn Ostrogorsky zu erbitten.“ Andreas wollte Schwörer dafür gewinnen, auf Regierungsebene den bayrischen Einspruch aufzulösen. Das belegt der Passus: „Mit mir wäre eine ganze Reihe von Kollegen sehr dankbar, wenn Sie gütigst auf den Münchener Universitätsreferenten Herrn Staatsrat Hauptmann¹⁷ in dem Sinne einwirken wollten, daß er seinerseits bei den bayerischen Regierungsbehörden, in erster Linie doch wohl dem Innenministerium und der bayerischen Vertretung beim Reichsrat in Berlin, seinen Einfluß geltend mache.“ (QA, Nr. 5a / Abb. 2). Zum Brief von Andreas gehörte als Anlage das oben erwähnte, getippte Exposé (QA, Nr. 5b / Abb. 3–4), das sicherlich, nach Duktus und Stil, von P.E. Schramm formuliert worden ist. Es skizziert nicht nur Ostrogorskys Persönlichkeit mit Blick auf seine Herkunft, Bildung und exzellente Promotion, sondern umreißt auch sein Arbeitsgebiet („die byzantinische und osteuropäische Geschichte“). Zudem verweist es auf seine Absicht, sich hierfür auch habilitieren zu wollen, im folgenden Passus, dem zufolge er am Prager Kondakov-Seminar und auf dem (oben erwähnten) Byzantinisten-Kongress in Belgrad (1927) Vorträge zu Ergebnissen eigener Studien gehalten habe, welche „die Grundlage für eine Habilitation an einer deutschen Universität, an die Dr. O. etwa im Herbst dieses Jahres denkt, bilden.“¹⁸

Da ihm aber „als Sowjetgegner eine Rückkehr nach Russland unmöglich“ sei, habe er „auf Anraten deutscher Gelehrter“ einen Antrag auf „Einbürgerung“ gestellt. Dieser Schritt sei von einigen „Heidelberger Professoren sowie von Bürgermeister Dr. Schramm, Hamburg, die sich für seine hohe wissenschaftliche Qualifikation einsetzten und auch seiner Persönlichkeit das beste Zeugnis ausstellten, befürwortet“ worden.

Der badischen Regierung sei es dann gelungen, „Schwierigkeiten“, die „bei dem Umlauf des Gesuches bei den einzelnen Ländern auftauchten“, mittels direkter Verhandlungen zu überwinden. Daher stünde „dem Gesuch jetzt nur der Einspruch der bayrischen Regierung entgegen, die vor der Naturalisation eine Habilitation wünscht.“ Indes habe man die bayrische Seite darauf hingewiesen, dass an durchaus nicht wenigen Universitäten „die Erteilung der *venia legendi* von der schon vollzogenen Einbürgerung abhängig gemacht wird.“

Abschließend wird angeführt, dass auch „Geh.-rat Prof. Dr. Schwartz – München – als Kenner der in Betracht kommenden Gebiete“ den bayrischen Regierungsstellen nochmals dargelegt habe, „wie erwünscht es für die deutsche

¹⁷ Vgl. zu ihm unten Anm. 34.

¹⁸ Tatsächlich hat sich G. O. erst im Folgejahr, am 3. November 1928 an der *Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität* habilitiert, vgl. PRINZING, Die Briefe (wie oben Anm. 1) 519.

Wissenschaft wäre, einen so viel versprechenden jungen Gelehrten zu gewinnen.“ Doch hätten dort „seine Vorstellungen noch nicht“ zur Rücknahme der Blockade geführt, weshalb es wünschenswert sei, „der bayrischen Regierung“ nochmals nahezu legen, „in Anbetracht der Begabung des Dr. O. und des in Deutschland herrschenden Mangels an Nachwuchs auf seinen Gebieten ihre Bedenken zurückzustellen und dem Dr. O. eine Habilitation in Deutschland zu ermöglichen.“

Andreas' Brief verfehlte seine Wirkung auf Badens Hochschulreferenten nicht. So reagierte Schwörer darauf umgehend am 19. Mai 1927 und ließ hierüber einen Aktenvermerk (gegliedert in I–III) zur „Einbürgerung des Dr. Georg Ostrogorsky“ anlegen (QA, Nr. 6.a+b): In I wird sein Schreiben [6.a / Abb. 5] an Staatsrat Hauptmann im Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus knapp zusammengefasst: Auf Bitten von Andreas ersuche er ihn, sich (anhand der auszugsweise übersandten Mitteilung Andreas') mit Ostrogorskys Einbürgerung zu befassen und „wohlwollend zu prüfen, ob Ihrerseits etwas in der Sache geschehen kann.“ In II wird Schwörers Antwort [6.b / Abb. 6] an Andreas registriert: Er habe sich in seinem Sinne an Staatsrat Hauptmann gewandt. III hält fest, man habe für das Schreiben an ihn eine Abschrift des erwähnten Exposés erstellt.

Auf Schwörers Brief an seinen bayrischen „Kollegen“ Hauptmann hat nicht dieser selbst (weil beurlaubt), sondern (in Vertretung) Regierungsrat I. Klasse Dr. Meinzolt am 31. Mai 1927 geantwortet, er sei „wegen der Einbürgerung des Herrn Dr. Ostrogorsky mit Herrn Geheimrat Eduard Schwartz ins Benehmen getreten;“ anders gesagt, er nahm mit ihm Rücksprache. Hierbei von Schwartz überzeugt, fasste er das Ergebnis der Unterredung wie folgt zusammen: „Auf Grund der warmen Befürwortung des Geheimrates Dr. *Schwartz*“ werde man dem Innenministerium mitteilen, „dass die Einbürgerung“ Ostrogorskys „im Interesse der deutschen Wissenschaft begrüsst werden würde. Es besteht Grund zu der Annahme, dass das Staatsministerium des Innern hiernach seine Stellungnahme gegen die erwähnte Einbürgerung einer neuerlichen Prüfung unterziehen wird.“ (QA, Nr. 8.a / Abb. 7). Der Brief aus München traf laut Eingangsstempel am 7. Juni in Karlsruhe ein, woraufhin, gut zwei Wochen später, dessen Abschrift am 23. 6. 27 (Donnerstag) „zur Kenntnisnahme“ an Prof. Andreas abging (QA, Nr. 8.b / Abb. 8). Dass Andreas dann vielleicht schon telefonisch von Schwörer einen vertraulichen Hinweis über einen möglichen Sinneswandel der Münchner Stellen erhalten hat, wäre denkbar, bleibt aber unsicher.¹⁹

¹⁹ Vielleicht deswegen hatte Andreas einen Brief (an die Notgemeinschaft), der u.a. einen kritischen Passus zur Haltung der bayerischen Regierung enthielt, vor dem 13.6. noch nicht abgeschickt, wie aus dem Passus am Ende des 2. Absatzes von QA, Nr. 9 (Brief O.s an Salin vom 13.6.) hervorgeht; aber er wird den Brief am 14.6. abgeschickt haben, vgl. ebenda. Zeile 2. Aus dem vorletzten Absatz

Aber ab dem 21. Juni herrschte in Heidelberg, ebenso wie wenige Tage zuvor in Berlin, Klarheit darüber, dass man in München eingelenkt hatte. Denn am 21. schrieb Ostrogorsky, nachgerade überglücklich und erlöst, an Salin (QA, Nr. 10), Schramm habe „eben“ brieflich von „Eulenburg“ (wohl Friedrich Graf zu Eulenburg) erfahren, dass „Herr von Keudel“, d.h. der Reichsminister des Innern, Walter v. Keudell, „ihm [Eulenburg, G.P.] mitgeteilt“ habe, „dass die bayerische Regierung ihre Bedenken gegen meine Einbürgerung fallen lässt.“ Schramm, dies zur Erinnerung, lebte und wirkte damals wie Ostrogorsky ebenfalls in Heidelberg, wird ihm also diese Neuigkeit umgehend direkt oder telefonisch überbracht haben. Bald darauf, am 4. Juli 27, wurde Ostrogorsky, wie oben erwähnt, seine Einbürgerungsurkunde zugestellt. Gleichzeitig, noch am selben Tag, richtete er ein überaus höfliches, handgeschriebenes Dankschreiben an Geheimrat Schwörer, über dessen zentrale Rolle er zweifellos von Andreas, Schramm oder Schwartz längst unterrichtet war.

Mit Sicherheit aber wird Ostrogorsky vor allem Eduard Schwartz seinen ganz besonderen Dank abgestattet haben, ohne dessen mehrfach bei den bayrischen Stellen zweifellos eindringlich und mit Nachdruck vorgebrachte Fürsprache, ja „warme Befürwortung“ (vgl. zuletzt QA, Nr. 8.a), es ihm und seinen Unterstützern wohl kaum gelungen wäre, die hartnäckige bayrische Blockade seines Einbürgerungsbegehrens zu überwinden. Leider gelang es mir nicht, im Rahmen dieser Untersuchung herauszufinden, worauf eigentlich die bayrischen Vorbehalte gegen Ostrogorskys Einbürgerung letztendlich beruhten. Diese Frage bedarf weiterer Forschung. Welch ungeheure politische Brisanz aber in der „Zwischenkriegszeit“ die Frage der Einbürgerung gewinnen konnte, führt uns anschaulich die gründliche Untersuchung von Manfred Overesch zur Einbürgerung Hitlers vor Augen.²⁰

eben dieses Schreibens aber geht auch deutlich hervor, dass O. (anscheinend im Verein mit Schramm [„wir“] wohl am 13.6. letztmalig an die badischen Stellen in Karlsruhe, den badischen Gesandten in Berlin, doch ebenso auch an den Reichsminister des Innern in Berlin geschrieben, gleichzeitig aber auch eine alternative Lösung angedacht hatte.

20 M. OVERESCH, Die Einbürgerung Hitlers 1930. *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 40 (1992) 543–566. Online URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_4.pdf (Zugriff 10.11.24).

Quellenanhang

Nr. 1 Brief Ostrogorskys an P.E. Schramm²¹

Helsingfors, Bergmansgatan, lk.25

1. Oktober 1926.

Mein lieber Schramm!

ich gratuliere herzlichst Ihnen und Ihrer Frau und [...] ||² [...] Eine grosse Freude ist mir stets, dass Sie meiner Arbeit so viel Interesse entgegen bringen. Hoffentlich wird was Gescheites daraus werden! Ich danke Ihnen herzlich, das[s] Sie Geheimrat Schwartz von mir erzählt und ihn für die Sache interessiert haben.

Zuletzt komme ich auch mit einer freudigen Nachricht: vor [ein] paar Tagen habe ich von Salin einen Brief bekommen, in welchem er schreibt, dass die Notgem[einschaft] mir ein Stipendium von je M.150.– für 7 Monate zugesagt hat. Also haben doch der von Ihnen frisierte Plan der Arbeit über den Bilderstr[eit] und meine Doktorarbeit guten Eindruck gemacht. Ich bin sehr froh darüber: die Summer ist anständig und bis zum Sommer²² kann ich ganz sorglos leben. Salin meint übrigens, dass man alsdann die Sache wird verlängern können, wenn ich irgendein Kapitel aus meinem Buch inzwischen vorlege. [...].

Stets Ihr

Georg Ostrogorsky.

Nr. 2 Brief Ostrogorskys an Salin

Fa 6718

Heidelberg, Gaisbergstr. 16a

31.3.1926

Sehr geehrter Herr Professor!

Eben erfahre ich von Herrn von Sonntag,²³ dass er in Ihrem Auftrag über den Gang meines Gesuches Erkundigungen eingezogen hat, und dass es sich herausgestellt

²¹ Vgl. PRINZING, G. O. (wie oben Anm. 1) 25–27 (= Brief O. 3).

²² Ebenda, 27 enthält meine Edition einen Lesefehler, da ich dort statt „bis zum Sommer“ irrtümlich „für den ganzen Sommer“ geschrieben habe.

²³ Mein Versuch, mit Hilfe einer Anfrage an das Generallandesarchiv Karlsruhe zu klären, ob es im Badischen Ministerium des Kultus und Unterrichts einen Beamten von Sonntag gegeben habe, verlief bei Durchsicht des Aktenbestands ergebnislos: Freundliche Auskunft per E-Mail von Herrn F. Beller (AZ 4–7513) vom 15.11.23.

hat, dass mein Gesuch sich noch immer in Heidelberg befindet. Es ist zum Verzweifeln, dass die Sache so gar nicht vorwärts kommt, – nun sind schon sieben Wochen verflossen[,] seit ich die Eingabe gemacht habe. Ich war fest überzeugt, dass sie jetzt schon in Karlsruhe angelangt ist und dachte immer wieder daran, ob Sie schon irgendwas von dort gehört hätten. Haben Sie von der Notgemeinschaft inzwischen auch noch keine Nachrichten gehabt? Das ist eine harte Geduldsprobe. Im übrigen geht es mir gut. Meine Arbeit über den Bilderstreit ist ein gutes Stück vorwärts gekommen. [...].

Nr. 3 Brief Ostrogorskys an Salin

Fa 6720

Heidelberg, Heumarkt 1
28.3.27

Lieber Herr Professor!

Dieser Monat hat die ersehnte Erledigung meiner Einbürgerungsangelegenheit nicht gebracht. Im Gegenteil sogar, ist heute ein Brief von Ed. Schwartz an Schramm angekommen, aus welchem zu ersehen ist, dass der bayerische Minister des Inneren²⁴ immer noch nicht nachgeben will, obwohl auf Anregung von Ed. Schwartz sich der dortige Justizminister²⁵ der Sache angenommen hat. Der Minister des Inneren hat wieder nichts besseres[!] gefunden als zu behaupten, dass der Habilitation eines Ausländers nichts im Wege stehe und insofern eine Einbürgerung für mich nicht nötig sei. Wie Geh. Schwartz sagt, wäre nun wichtig, dass aus Heidelberg die Notwendigkeit dieser Einbürgerung für eine Habilitation bestätigt werde; ferner hat er empfohlen, dass ich ein Schriftstück verfasse, in welchem ich alle Gründe für die Unumgänglichkeit einer Naturalisation anführen soll.

Alles traf sehr ungünstig zusammen. Schon damit angefangen, dass der Brief ausgerechnet am nächsten Tag nach Schramm's Abreise angekommen ist. Es ist noch ein Segen, dass Fräulein v. Thadden²⁶ da gewesen ist und mir den Brief

²⁴ Damaliger Bayerischer Innenminister (1924–28) war K. Stützel (1872–1944), vgl. O. BRAUN, Stützel, *Karl Konrad*, Jurist, *NDB* 25 (2013), 637–638, (online unter: [urn:nbn:de:hbz:5:1-63800-p0085-8](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:5:1-63800-p0085-8)) und den Wikipedia-Artikel Karl Stützel, online (Zugriff 12.12.2023).

²⁵ Damaliger Bayerischer Justizminister (1922–32) war F. Gürtner (1881–1941), der als fanatischer Anhänger der Nationalsozialisten noch 1932 Reichsjustizminister wurde und bis 1941 amtierte, vgl. zu ihm den Wikipedia-Artikel Franz Gürtner, online (Zugriff 12.12.2023).

²⁶ Gemeint ist Ehrengard von Thadden (-Triglaff) (1900–85), mit der P.E. Schramm seit ca. Mitte März 1925 verheiratet war, vgl. THIMME, Percy Ernst Schramm und das Mittelalter (wie oben Anm. 9) 201, PRINZING, G. O. (wie oben Anm. 1) 19 (mit Anm. 32) und PRINZING, Die Briefe (wie oben Anm. 1) 536.

gebracht hat. Ferner ist kein einziger von den mir näher bekannten Dozenten zur Zeit hier, um die nötige Erklärung über die Notwendigkeit ^{||}² einer Einbürgerung abzugeben. Da ich aber Donnerstag früh schon abreisen muss, konnte ich die Sache nicht aufschieben, zumal eine Verzögerung überhaupt schlimme Folgen haben könnte. Unter diesen Umständen habe ich mich entschlossen, Prof. Regenbogen aufzusuchen. Glücklicherweise ist er wenigstens nicht verreist gewesen, obwohl gerade mit dem Umzug in eine neue Wohnung beschäftigt. Er hat sich bereit erklärt, mit aller Entschiedenheit zu erklären, dass jede Habilitation eine Einbürgerung voraussetzt. Hoffentlich nützt das.

Nun wollte ich aber doch auch Sie darum bitten, ein ähnliches Schreiben an Ed. Schwartz zu richten, (falls Sie es für nützlich halten?)[.] Wahrscheinlich würde es doch gut sein, wenn die nötige Bestätigung von zwei Dozenten gleichzeitig kommen würde? Auch wird Prof. Regenbogen über mich persönlich nichts aussagen können, wogegen das, was Sie in solchen Fällen von mir zu sagen pflegen, ja stets einen so guten Eindruck macht. Dieses soll aber mehr eine Frage als eine Bitte sein, – vor allen Dingen wollte ich Ihnen über die augenblickliche Sachlage berichten.

Ich habe heute bei Ihnen angerufen und habe erfahren, dass Sie nicht vor Samstag zurückkommen werden. So werde ich Sie leider erst nach meiner Rückkehr von Belgrad sehen.

Viele herzliche Grüße an Ihre Frau und an Sie

Stets Ihr

Georg Ostrogorsky

Für den Fall, dass Sie an Schwartz werden schreiben wollen, ist seine Adresse: Rambergstr. 4, München XIII.

Am linken Rand (senkrecht): Für alle Fälle teile ich Ihnen auch meine Adresse mit: vom 1 bis 7. April – Herrn Prof. Kalitinsky (für G. Ostrogorsky). Loretanské náměstí. 109, Prag. – Und vom 7 April ab: Belgrad, Universität, Byzant. Seminar.

^{||}³ P.S. Es fällt mir eben ein, dass ich Ihnen noch etwas wichtiges [!] mitteilen muss, worüber ich mir auch viel Gedanken gemacht habe. Vor der Abreise von Schramm haben wir mit ihm besprochen, was ich an die Notgemeinschaft schreiben soll, da ich ja laut der Bestimmung von Minister Schmidt-Ott²⁷ jetzt meine Arbeiten einreichen muss. S[chramm] meinte, dass ich hierbei den ganzen Verlauf meines Einbürgerungsprozesses schildern und angeben soll, das[s] die Sache nur noch an der Zusage der bayerischen Regierung liegt, dass bereits Schritte getan sind, um den Beschluss derselben in einem günstigen Sinn zu beeinflussen, und

27 Friedrich Schmitt-Ott (1860–1954) war von 1917–18 preußischer Kultusminister und 1920–34 Präsident der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft, vgl. den Wikipedia-Artikel Friedrich Schmitt-Ott, online (Zugriff 12.12.2023).

dass unter diesen Umständen eine baldige Lösung des Problems zu erwarten ist.
[...]

Nr. 4 Brief Ostrogorskys an Salin (Auszug)

Fa 6722

Heidelberg, Heumarkt 1

6.5.27

Lieber Herr Professor!

Gestern habe ich Ihren Brief erhalten und habe ihn an meinen Bruder weitergeschickt. [...]

[...] Ich bedaure sehr, dass ich gerade einen Tag nach Ihrer Abreise hier angekommen bin, hoffe aber, Sie während der Pfingstferien sehen zu können. Ich habe Ihnen aus Belgrad nicht ausführlicher geschrieben [...]

Auf der Rückreise habe ich in München Ed. Schwartz aufgesucht. Er hatte noch immer keine Nachricht, sagte aber, dass er sicher ist, die Sache doch durchsetzen zu können. [...].

Nr. 5.a+b [Generallandesarchiv Karlsruhe = Akte G.L.A. 235. No. 2362]

**Nr. 5.a Blatt 1 / Abb. 2: Brief von Prof. Dr. Willy Andreas an „Herrn Geheimrat“
[Ministerialdirektor Geheimrat Dr. Schwörer, Karlsruhe]²⁸**

Historisches Seminar der Universität

Heidelberg, den 13.5.27

[Stempel: **Ministerium des Kultus und Unterrichts, 16.Mai.27 A. 09618.**]

Hochverehrter Herr Geheimrat,

im Anschluß an die mündliche Unterredung, die ich gestern mit Ihnen hatte, erlaube ich mir, an Hand des beiliegenden Exposé's Ihre gütige Teilnahme für die Einbürgerung des Herrn Ostrogorsky zu erbitten. Mit mir wäre eine ganze Reihe von Kollegen sehr dankbar, wenn Sie gütigst auf den Münchener Universitätsreferenten Herrn Staatsrat Hauptmann in dem Sinne einwirken wollten, daß er seinerseits bei den bayerischen Regierungsbehörden, in erster Linie doch wohl dem

²⁸ Vgl. zu ihm (Victor Schwörer/Schwoerer 1865–1943) den online-Link:
<https://kalliope-verbund.info/eac?eac.id=117431974> für weitere Details. (Zugriff 1.12.24)

Innenministerium und der bayerischen Vertretung beim Reichsrat in Berlin, seinen Einfluß geltend mache.

[handschriftlich] Mit besten Empfehlungen Ihr sehr ergebener W. Andreas
[darunter hinzugefügt: handschriftliche Notizen mit Bleistift von anderer Hand]

1 Anlage [das erwähnte Exposé]

Nr. 5.b [maschinenschriftliche Anlage (zum Brief von Prof. Andreas vom 13.5.27 = A. 09618), hier Blatt 2–3 / Abb. 3–4: Es handelt sich um das erwähnte, inhaltlich und dem sprachlichen Duktus nach zweifellos von P. E. Schramm abgefasste Exposé]

[mit Bleistift] z.A. 9618

Dr. Georg Ostrogorsky, ein gebürtiger Russe orthodoxer Konfession, dessen Mutter und Stiefvater, Lehrer an einer deutschen Schule, jetzt in Finnland leben, hat 1925 in Heidelberg sein Dokorexamen gemacht mit dem Prädikat *summa cum laude*. Sein Arbeitsgebiet ist die byzantinische und die osteuropäische Geschichte – Fächer, für die in Deutschland kaum Nachwuchs vorhanden ist. In den beiden letzten Jahren hat er eine Reihe von Studien abgeschlossen, über die er jetzt Vorträge am Seminarium Kondakovianum in Prag und auf dem Byzantinisten-Kongress in Belgrad gehalten hat.²⁹ Sie sollen die Grundlage für eine Habilitation an einer deutschen Universität, an die Dr. O. etwa im Herbst dieses Jahres denkt,³⁰ bilden.

Im Februar des Jahres 1926 ist Dr. O., dem als Sowjetgegner eine Rückkehr nach Russland unmöglich ist, auf Anraten deutscher Gelehrter um seine Einbürgerung nachgekommen. Dieses Gesuch war von einer Reihe Heidelberger Professoren sowie von Bürgermeister Dr. Schramm,³¹ Hamburg, die sich für seine hohe wissenschaftliche Qualifikation einsetzten und auch seiner Persönlichkeit das beste Zeugnis ausstellten, befürwortet.

Schwierigkeiten, die bei dem Umlauf des Gesuches bei den einzelnen Ländern auftauchten, ist die badische Regierung durch direkte Verhandlungen mit Erfolg begegnet. Dem Einbürgerungsantrag steht jetzt nur der Einspruch der bayrischen

²⁹ Vgl. D. ANASTASIJEVIĆ / PH. GRANIĆ (éd.), *Deuxième Congrès International des Études Byzantines* Belgrade, 1927, *Compte-rendu*, Belgrade 1929 (Repr. Nendeln 1978), XVI und (das Vortragsresümee) 83–85: Die pseudo-epiphanischen Schriften gegen die Bilderverehrung als Bindeglied zwischen den ikonoklastischen Konzilien von 754 und 815.

³⁰ G. O. hat sich am 3. November 1928 an der *Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität* habilitiert, vgl. PRINZING, *Die Briefe* (wie oben Anm. 1) 519.

³¹ Vgl. zu ihm (Max Schramm) oben Anm. 10.

Regierung entgegen, die vor der Naturalisation eine Habilitation wünscht. Sie ist inzwischen darauf aufmerksam gemacht, dass die Erteilung der *venia legendi* an einer Anzahl, wenn nicht an allen Universitäten, von der schon vollzogenen Einbürgerung abhängig gemacht wird. Ausserdem ||² [= Konvolut, Blatt 3] hat Herr Geh.rat Prof. Dr. Schwartz – München – als Kenner der in Betracht kommenden Gebiete die bayrische Regierung noch einmal darauf aufmerksam gemacht, wie erwünscht es für die deutsche Wissenschaft wäre, einen so viel versprechenden jungen Gelehrten zu gewinnen. Doch haben seine Vorstellungen noch nicht dazu geführt, dass der bayrische Einspruch zurückgezogen worden ist. Es wäre deshalb erwünscht, wenn der bayrischen Regierung noch einmal nahe gelegt würde, in Anbetracht der Begabung des Dr. O. und des in Deutschland herrschenden Mangels an Nachwuchs auf seinen Gebieten ihre Bedenken zurückstellen und dem Dr. O. eine Habilitation in Deutschland zu ermöglichen.

Nr. 6.a+b Generallandesarchiv Karlsruhe (wie oben Nr. 5.a) Blatt 4–5

Nr. 6a: Blatt 4 / Abb. 5 Brief Schwörer an Hauptmann

Nr. A. 9618.

(Stempel) **Ministerium des Kultus und Unterrichts**

Stempel: Ausgef. 23.5.

Karlsruhe, den 19. Mai 1927.

Verglichen: 23.5.27

Abgegangen: 28.5.

Einbürgerung des Dr. Georg
Ostrogorsky.

I. Schreiben des Hochschulreferenten an Ministerialdirektor Staatsrat Dr. Hauptmann im Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus, München, 1 Anl.

Hochverehrter Herr Staatsrat!

Der Heidelberger Historiker Professor Dr. Andreas hat sich mit der Bitte an mich gewendet, ich möchte Sie um Ihr freundliches Interesse für die Einbürgerung eines jungen Gelehrten, des Dr. Georg Ostrogorsky, ersuchen. Auszug aus seiner Mitteilung beehre ich mich Ihnen mit der Bitte um eine wohlwollende Prüfung zu übersenden, ob Ihrerseits in der Sache etwas geschehen kann.

Mit besten Grüßen,

Ihr aufrichtig ergebener

[6.b] [Blatt 5] / Abb. 6

II. Schreiben des Hochschulreferenten an Herrn Professor Dr. Andreas, an der Universität Heidelberg, Landfriedstr. 2. (Auf Schreiben von 13. ds. Mt.s.).

Sehr geehrter Herr Professor!

In der Sache des Herrn Ostrogorsky habe ich mich im Sinne Ihrer Anregung an Herrn Ministerialdirektor Staatsrat Dr. Hauptman gewendet.

In ausgezeichnete Hochschätzung,

Ihr ergebener Geh. Oberregierungsrat.

III. Kanzlei fertige Abschrift der Anlage des Einlaufs Nr. A 9618 [gemeint: das Exposé, oben Nr. 5.b] zum Anschluß an Glied I.

[Sichtvermerke] Paraphe 17.V Paraphe 18.V.

Nr. 7 Brief Ostrogorskys an Salin

Fa 6723

Heidelberg, Heumarkt 1
24.5.27

Lieber Herr Professor!

Schon wieder ein Unglück! Ich erhalte heute von dem hiesigen Bezirksamt ein Schreiben folgenden Inhalts:

Im Nachgang zu unserem Schreiben vom 10. November 1926 teilen wir Ihnen mit, dass die seitens einer deutschen Landesregierung gegen Ihre Einbürgerung erhobenen Bedenken, aufrecht erhalten wurden, weshalb eine Einbürgerung zur Zeit nicht in Frage kommt.

Allerdings haben die von uns unternommenen Schritte bei v. Keudel³² und dem badischen Gesandten,³³ von denen ich Ihnen gestern berichtete, München noch nicht erreicht. Mag sein, dass sie die bayerische Regierung doch noch dazu bringen, ihren Einspruch zurückzuziehen; doch ist das natürlich ganz unsicher, besonders in Anbetracht der Tatsache, dass ein negativer Bescheid nun zwei Mal bereits gegeben worden ist.

Es fragt sich, was jetzt zu tun ist?

³² Es handelt sich um den damaligen Reichsminister des Innern Walter von Keudel(l), vgl. den Wikipedia-Artikel, Keudell (Adelsgeschlecht), online (Zugriff 12.12. 2023) und unten QA, Nr. 10.

³³ Laut „Liste der badischen Gesandten in Preußen“ in Wikipedia (online, Zugriff 21.1.2024) übte 1927–31 Franz Xaver Honold diese Funktion aus.

Wir haben mit Schramm beschlossen, dass ich nach Karlsruhe gehe und zu erfahren versuche, welche Gründe von der bayer. Regierung jetzt angegeben wurden und was der Ausdruck „zur Zeit nicht in Frage kommt“ bedeute. Falls, wie anzunehmen ist, wieder eine vorherige Habilitation gewünscht wird, meinte Schramm, dass ich jetzt in nächster Zeit einen Antrag auf Habilitation stellen sollte, da ja im Juli die nötigen zwei Jahre seit meines Doktorexamens[!] verstrichen sein werden. Wenn das genehmigt wird, könnte man dann ein diesbezügliches offizielles Dokument von der Fakultät vorlegen, und die Sache auf diese Weise durchsetzen. [...].
Mit besten Grüßen
stets Ihr Georg Ostrogorsky

Nr. 8.a+b Generallandesarchiv Karlsruhe (wie oben Nr. 5a), Blatt 6–7

Nr. 8.a: Blatt 6 / Abb. 7

[Antwortschreiben aus München vom **31. Mai 1927** auf den Brief Schwörers (**Nr. 6.a**), vom 19.5.27 an Staatsrat Hauptmann; es erhielt beim (badischen) Ministerium für Kultus und Unterricht den Eingangsstempel (samt Aktenzeichen) **7. Jun 27 A. 11753**. Daneben (in Bleistift) Paraphe / Bitte an Andreas zur Kenntnis / 13./VI. / weitere Paraphen]

Bayerisches Staatministerium für Unterricht und Kultus

München, den 31.Mai 1927

Sehr geehrter Herr Geheimrat!

In Erwiderung Ihrer an Herrn Staatsrat Dr. Hauptmann gerichteten Zuschrift vom 19. ds. Mts. beehre ich mich, Ihnen mitzuteilen, dass ich wegen der Einbürgerung des Herrn Dr. Ostrogorsky mit Herrn Geheimrat Eduard Schwartz ins Benehmen getreten bin. Auf Grund der warmen Befürwortung des Herrn Geheimrates Dr. Schwartz wird dem Staatsministerium des Innern mitgeteilt werden, dass die Einbürgerung des Herrn Dr. Ostrogorsky im Interesse der deutschen Wissenschaft begrüsst werden würde. Es besteht Grund zu der Annahme, dass das Staatsministerium des Innern hiernach seine Stellungnahme gegen die erwähnte Einbürgerung einer neuerlichen Prüfung unterziehen wird.

Mit vorzüglichster Hochachtung Ihr ergebenster

[Name handschriftlich] Dr. Meinzolt, Regierungsrat I. Kl., Vertreter des zur Zeit beurlaubten Herrn Staatsrates Dr. Hauptmann.³⁴
 [Adressvermerk] Seiner Hochwohlgeboren
 Herrn Ministerialdirektor Geheimrat Dr. Schwörer in Karlsruhe.

Nr. 8.b (wie oben Nr. 5.a, ebenda), Blatt 7 /Abb. 8

Der Minister des Kultus und Unterrichts

Karlsruhe, den 17. **Juni 1927.** Nr. A 11753.

Einbürgerung des Dr. Georg Ostrogorsky Stempel: Ausgel. 22.6. Paraphe.

Verglichen: 22./6. “

Abgegangen: 23./6.

Auf eine Abschrift vorstehenden Einlaufs A 11753 [= **Nr. 8.a**] ist zu setzen:

An Herrn Professor Dr. W. Andreas an der Universität

Heidelberg, Landfriedstr. 2

zur Kenntnisnahme.

[2 Paraphen vom] 15./VI

A 1

Nr. 9 Brief Ostrogorskys an Salin

Fa 6724

Heidelberg, Heumarkt 1
 13.6.27

Lieber Herr Professor!

Ich danke Ihnen für den von mir heute erhaltenen Brief vom 11. d. M. Die Absendung des Briefes an die Notgem[einschaft] hat sich verzögert, morgen wird aber Andreas ihn sicher abschicken, so dass er noch vor Ihrer Ankunft in Berlin dort eintreffen wird. Die Verzögerung ist dadurch entstanden, dass Andreas später merkte, dass es doch besser wäre, den Brief erst dann abgehen zu lassen, wenn auch alle zuletzt eingeleiteten Aktionen scheitern würden. Es wäre vielleicht auch wichtig, sofern man an der ursprünglich von ihm gewünschten, recht temperamentvollen Form des Entwurfes festhalten wollte – Das Schreiben ging auf den Satz

³⁴ Laut *Münchener Jahrbuch* 1927, 319 handelt es sich bei den genannten Ministerialbeamten um Dr. Hans Meinzolt (1887–1967) bzw. Dr. Anton Hauptmann (1864–1953) (freundlicher Hinweis von Archivdirektor G. Fürmetz, Bayerisches Hauptstaatsarchiv, vom 6.10. 2023), vgl. für die Lebensdaten beider das Historische Lexikon Bayerns sowie ergänzend den Wikipedia-Artikel Anton Hauptmann, jeweils online (Zugriff 4.1.2024).

hinaus, dass es „im Interesse des Ansehens der deutschen Wissenschaft liegen würde, über die kulturhemmenden Tendenzen der bayerischen Behörden hinwegzusehen und einem jungen Gelehrten, der u.s.w.“

Nun habe ich doch vorgeschlagen, – besonders in Anbetracht der Tatsache, dass Sie womöglich bei der Notg. vorsprechen werden in der Voraussetzung, dass ein Brief von Andreas dort vorliegt, – doch schon jetzt einen Brief an Schmitt-Ott zu richten und nur die Sache anders herum anzufassen. (Ich habe nämlich erst gestern erfahren, dass Andreas den Brief noch nicht abgeschickt hat, – sonst hätte ich Sie früher benachrichtigt).

Wir haben also jetzt geschrieben: Da in letzter Zeit noch folgende Schritte gemacht worden sind (Reichsminister d. Innern, bad. Gesandter, bad. Kultusmin.) wäre doch zu erwarten, dass die bayer. Reg. von ihrem Stand abgebracht³⁵ werden könnte; und sollte dies nicht der Fall sein, so könnte die Einbürgerung durch eine baldige Habilitation herbeigeführt werden, – eine norddeutsche Universität. wäre bereits grundsätzlich bereit, mich zu habilitieren. Den Entwurf hat Schramm gemacht, und morgen schickt Andreas den Brief ab.

Ich lege Ihnen einen Brief von Salomon an Schramm bei. Nächsten Montag geht Percy nach Leipzig und will dort noch mit Götz [Goetz] über mich sprechen. Mit herzlichen Grüßen

Stets Ihr Georg Ostrogorsky

Nr. 10 Brief Ostrogorskys an Salin

Fa 6725

21.6.27

Lieber Herr Professor!

Die Schlacht ist gewonnen! Eben erhält Schramm einen Brief von Eulenburg: Herr v. Keudel³⁵ hat ihm mitgeteilt, dass die bayerische Regierung ihre Bedenken gegen meine Einbürgerung fallen lässt. Ist das eine Erleichterung!

Ich danke Ihnen nochmals für alle Mühe, die Sie diese verdammte Sache gekostet hat.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr Georg Ostrogorsky

Ich schreibe sogleich auch an die Notgemeinschaft.

³⁵ Eulenburg und von Keudel: Mit E. könnte gemeint sein: Friedrich „Fritz“ Botho Wend Eberhard Graf zu Eulenburg (1874–1937) der, [ähnlich wie P.E. Schramm] im 1. Weltkrieg Rittmeister war, zudem in Weimarer Zeit u.a. stellvertretendes Mitglied des Reichsrats, Mitglied des Provinzialausschusses und 1919 bis 1933 für die DNVP des Provinziallandtags Ostpreußen war, Wikipedia (Zugriff 20.1.2024). Zu von Keudel vgl. oben Anm. 32 und unten QA, Nr. 12.

Nr. 11 Generallandesarchiv Karlsruhe (wie oben Nr. 5a), Blatt 8 / Abb. 9

[Stempel] Ministerium
des Kultus und Unterrichts
–5. JUL.27 A. 14099

[Handschriftlich]

Heidelberg Heumarkt 1
4. Juli 1927

Hochverehrter Herr Geheimrat!³⁶

Gestatten Sie, dass ich Ihnen für Ihr freundliches Eintreten in der Frage meiner Einbürgerung meinen ergebensten Dank ausspreche. Ich habe soeben von dem hiesigen Bezirksamt meine Einbürgerungsurkunde erhalten.³⁷ Zu diesem erfreulichen Ergebnis zu gelangen wäre mir ohne Ihre gütige Unterstützung sicher nicht möglich gewesen. Es bedeutet aber für mich einen erheblichen Fortschritt auf dem Wege zur Verwirklichung meines Wunsches, in Deutschland wissenschaftlich zu arbeiten und an einer deutschen Universität zu wirken.

Indem ich Ihnen nochmals dafür danke, dass Sie die Güte gehabt haben, sich für mich einzusetzen, verbleibe ich

in Hochachtung und Verehrung
Ihr sehr ergebener
Georg Ostrogorsky

[Stempel] Ministerium
des Kultus und Unterrichts
Karlsruhe, den 7. VII. 1927.
Zu den Akten
[Drei Paraphen]

Nr. 12 Generallandesarchiv Karlsruhe (wie oben Nr. 5a, Blatt 9–10 / Abb. 10–11

Einlauf vom 8. Juli 1927 No 7887
Abschrift

³⁶ Gemeint ist zweifellos Geheimrat Dr. Schwörer, vgl. oben QA, Nr. 5.a, mit Anm. 28.

³⁷ Vgl. oben Text zu Anm. 2.

Der Reichsminister des Innern.³⁸Berlin NW. 40, den 5. Juli 1927
Platz der Republik 6.

No II 5854 B.

Betrifft: Einbürgerung des Dr. phil. Ostrogorsky in Heidelberg.
An das Badische Staatsministerium (Ministerialabteilung)
in Karlsruhe.

Mit der Eingabe vom 19. Mai 1927 [vgl. oben Nr. 6.a], die ich nebst Anlagen mit dem Anheimstellen der gefälligen weiteren Veranlassung beifüge, hat Dr. phil. Georg Ostrogorsky in Heidelberg meine Unterstützung in seiner Einbürgerungsangelegenheit erbeten. Seiner Einbürgerung in Baden dürfte zur Zeit nichts mehr im Wege stehen, nachdem die Bayerische Regierung ihre Bedenken zurückgenommen hat (zu vgl. das hier abschriftlich vorliegende Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums des Innern an das Badische Staatsministerium des Innern vom 11. Juni 1927 No 4006 c 110). Ich habe daher auch davon abgesehen, Dr. Ostrogorsky von hier aus einen Bescheid zu erteilen. Aus seiner Eingabe habe ich indessen ersehen, dass ihm bekannt geworden ist, welche Umstände bisher seiner Einbürgerung entgegenstanden und welche Länder gegen seine Einbürgerung Bedenken erhoben hatten. Ich darf daher unter Bezug auf mein Rundschreiben an die Landesregierungen vom 5. Mai 1925 – II 3029 B –, betreffend abgelehnte || [Blatt 10] Einbürgerungsanträge, anheimstellen, den etwaigen dortigen Ausführungserlass zu meinem Rundschreiben den Badischen Einbürgerungsbehörden in Erinnerung bringen zu wollen.

In Vertretung
gez. Zweigert
No. 7887.

I. Nebst Anlagen dem Herrn Minister des Innern hier mit dem Anheimgeben weiterer Veranlassung ergebenst übersandt. [...]

Ein Benehmen mit dem Herrn Minister des Kultus und Unterrichts, der gleichzeitig verständigt ist, geben wir anheim. [Stempel: Ministerium des Kultus und Unterrichts,

[Stempel 12 JUL.27 A. 14594]

II. Ergebenste Nachricht hiervon
dem Herrn Minister des Kultus und Unterricht

hier.

Der Gesuchsteller beabsichtigt sich der Hochschullehrerlaufbahn zuzuwenden und hat Empfehlungsschreiben des Philosophischen Seminars und des Instituts für

38 Damals W. von Keudell, vgl. oben Anm. 32 und 35.

Sozial- und Staatswissenschaften an der Universität Heidelberg sowie ein gemeinschaftlich unterzeichnetes Schreiben der Professoren Täubler, Curtius, Hampe, Andreas und Neumann, daselbst vorgelegt.

Karlsruhe, den 9. Juli 1927.	[Stempel: Ministerium
Badisches Staatsministerium.	des Kultus und Unterrichts.
Im Auftrag	Karlsruhe den [Bleistift 13.] VII. 1927
Unterschrift	Zu den Akten]
	[mehrere Paraphen], eine Unterschrift

Abbildungen

Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Dr. Ostrogorsky Georg

Veranlassung	Vorgelegt	Mit No.	und Akten	Referent
<i>Veranlassung zur Verwirklichung des Beschlusses des Kultusministeriums München v. 10.11.</i>	<i>16.5.27</i>	<i>9618</i>	<i>ff</i>	<i>H</i>
<i>Buchführung</i>	<i>8.6.27</i>	<i>11753</i>	<i>ff</i>	<i>"</i>
<i>Veranlassung</i>	<i>6.7.27</i>	<i>14409</i>	<i>ff</i>	<i>H</i>
	<i>12.7.27</i>	<i>14574</i>	<i>ff</i>	<i>H</i>

G.L.A. 235
No. 2362

Abb. 1: Aktendeckel zur Akte GLA 235.2362. © Landesarchiv Baden-Württemberg (Mit Genehmigung des GLA Karlsruhe, 26.11.2024)

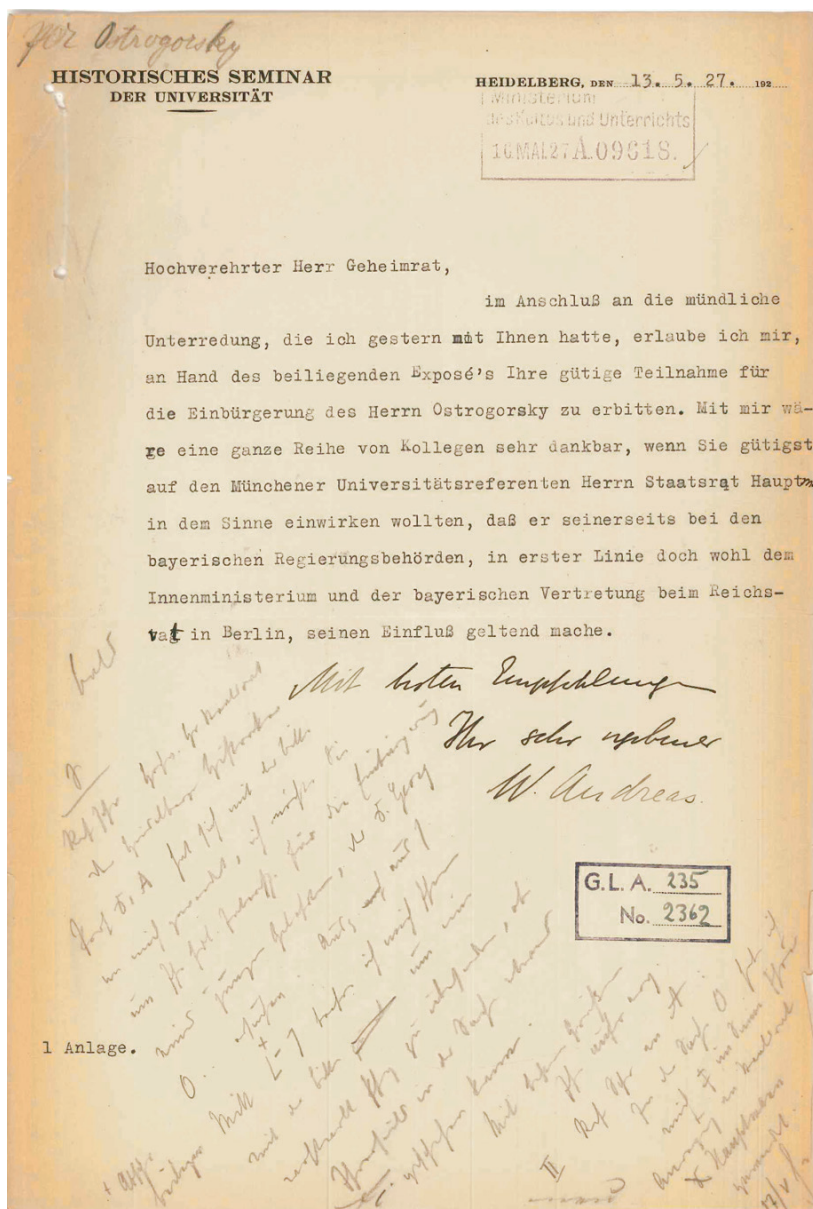


Abb. 2: QA Nr. 5a / Blatt 1

J. A. 9678

Dr. Georg O s t r o g o r s k y , ein gebürtiger Russe orthodoxer Konfession, dessen Mutter und Stiefvater, Lehrer an einer deutschen Schule, jetzt in Finnland leben, hat 1925 in Heidelberg sein Doktorexamen gemacht mit dem Prädikat summa cum laude. Sein Arbeitsgebiet ist die byzantinische und die osteuropäische Geschichte - Fächer, für die in Deutschland kaum Nachwuchs vorhanden ist. In den beiden letzten Jahren hat er eine Reihe von Studien abgeschlossen, über die er jetzt Vorträge am Seminarium Kondakovianum in Prag und auf dem Byzantinisten-Kongress in Belgrad gehalten hat. Sie sollen die Grundlage für eine Habilitation an einer deutschen Universität, an die Dr. O. etwa im Herbst dieses Jahres denkt, bilden.

Im Februar des Jahres 1926 ist Dr. O., dem als Sowjetgegner eine Rückkehr nach Russland unmöglich ist, auf Anraten deutscher Gelehrter um seine Einbürgerung nachgekommen. Dieses Gesuch war von einer Reihe Heidelberger Professoren sowie von Bürgermeister Dr. Schramm, Hamburg, die sich für seine hohe wissenschaftliche Qualifikation einsetzten und auch seiner Persönlichkeit das beste Zeugnis ausstellten, befürwortet.

Schwierigkeiten, die bei dem Umlauf des Gesuches bei den einzelnen Ländern auftauchten, ist die badische Regierung durch direkte Verhandlungen mit Erfolg begegnet. Dem Einbürgerungsantrag steht jetzt nur der Einspruch der byrischen Regierung entgegen, die vor der Naturalisation eine Habilitation wünscht. Sie ist inzwischen darauf aufmerksam gemacht, dass die Erteilung der venia legendi an einer Anzahl, wenn nicht an allen Universitäten, von der schon vollzogenen Einbürgerung abhängig gemacht wird. Ausserdem

- 2 -

hat Herr Geh.rst Prof. Dr. Schwartz - München - als Kenner der in Betracht kommenden Gebiete die bayrische Regierung noch einmal darauf aufmerksam gemacht, wie erwünscht es für die deutsche Wissenschaft wäre, einen so viel versprechenden jungen Gelehrten zu gewinnen. Doch haben seine Vorstellungen noch nicht dazu geführt, dass der bayrische Einspruch zurückgezogen worden ist. Es wäre deshalb erwünscht, wenn der bayrischen Regierung noch einmal nahe gelegt würde, in Anbetracht der Begehung des Dr.O. und des in Deutschland herrschenden Mangels an Nachwuchs auf seinen Gebieten ihre Bedenken zurückzustellen und dem DR.O. eine Habilitation in Deutschland zu ermöglichen.)

Abb. 4: QA Nr. 5b / Blatt 3

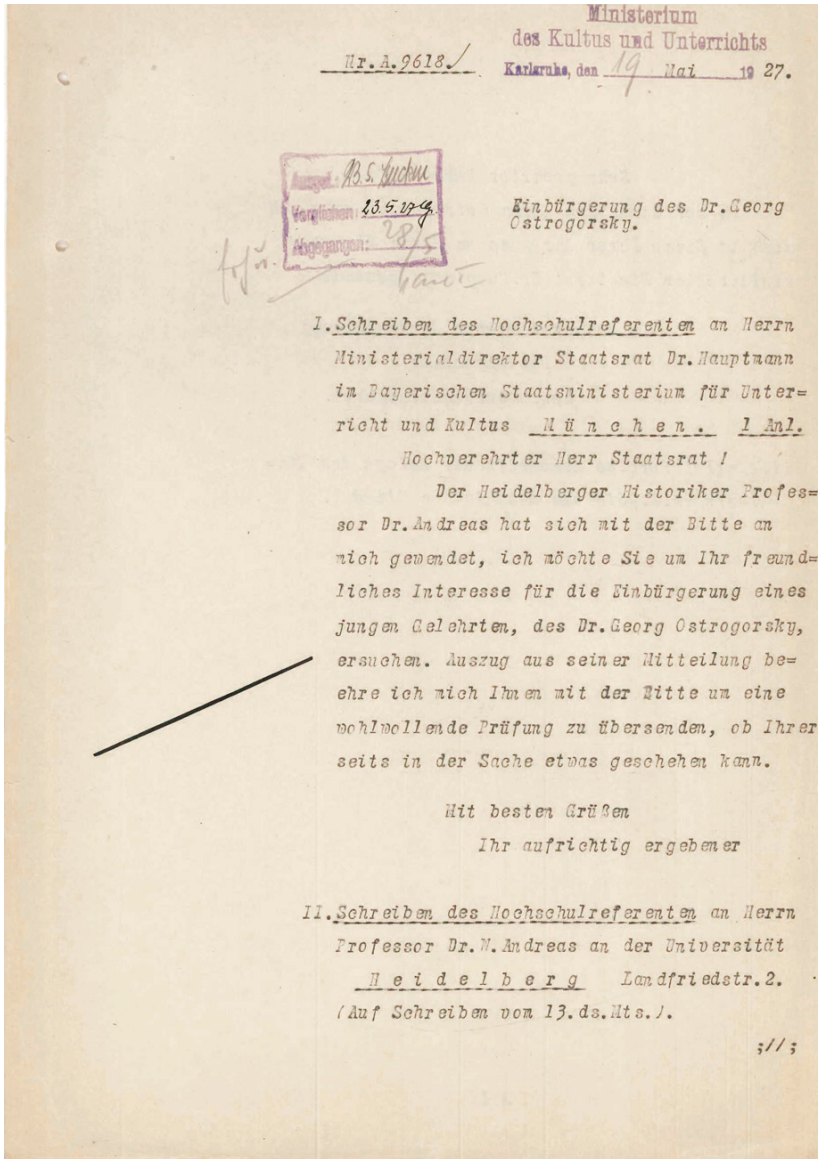


Abb. 5: QA Nr. 6a / Blatt 4

Sehr geehrter Herr Professor !

In der Sache des Herrn Ostrogorsky habe ich
mich in Sinne Ihrer Anregung an Herrn Ministe=
rialdirektor Staatsrat Dr. Hauptmann gewendet.

In ausgezeichnetester Hochschätzung

Ihr ergebener

Geh. Oberregierungsrat.

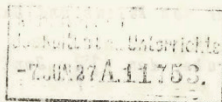
III. Kanzlei fertige Abschrift der Anlage des Ein=
laufs Nr. A. 9618 zum Anschluß an Glied I.

17/11/18
1898/2

A 1

Bayer. Staatsministerium
für Unterricht und Kultus.

München, den 31. Mai 1927.



Sehr geehrter Herr Geheimrat !

In Erwiderung Ihrer an Herrn Staatsrat Dr. Hauptmann gerichteten Zuschrift vom 19.ds.Mts. beehre ich mich Ihnen mitzuteilen, dass ich wegen der Einbürgerung des Herrn Dr. O s t r o - g o r s k y mit Herrn Geheimrat Eduard S c h w a r t z ins Benehmen getreten bin. Auf Grund der warmen Befürwortung des Herrn Geheimrates Dr. S c h w a r t z wird dem Staatsministerium des Innern mitgeteilt werden, dass die Einbürgerung des Herrn Dr. O s t r o g o r s k y im Interesse der deutschen Wissenschaft begrüsst werden würde. Es besteht Grund zu der Annahme, dass das Staatsministerium des Innern hiernach seine Stellungnahme gegen die erwähnte Einbürgerung einer neuerlichen Prüfung unterziehen wird.

Mit vorzüglichster Hochachtung

Ihr

ergebenster

H. Weirich

Seiner Hochwohlgeboren
Herrn Ministerialdirektor
Geheimrat Dr. S c h w ö r e r
in
Karlsruhe.

Regierungsrat I.Kl.
Vertreter des zur Zeit beurlaubten Herrn
Staatsrates Dr. Hauptmann.

Abb. 7: QA Nr. 8a / Blatt 6

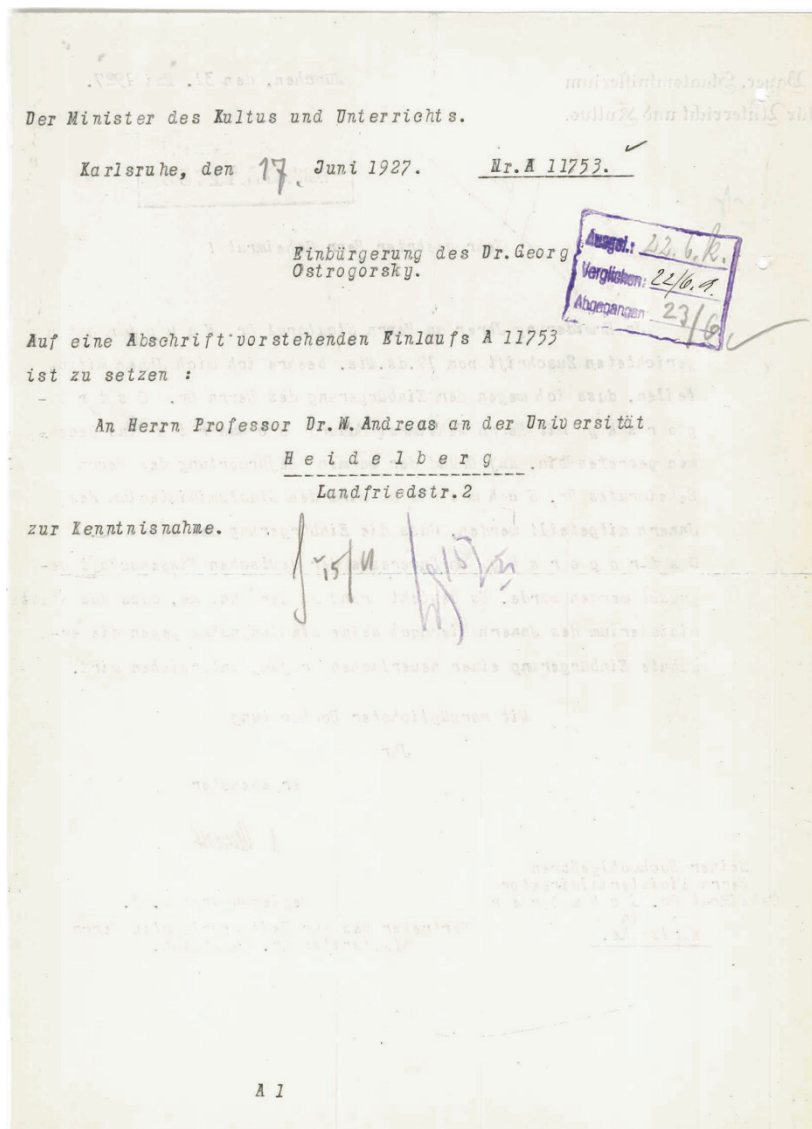


Abb. 8: QA Nr. 8b / Blatt 7

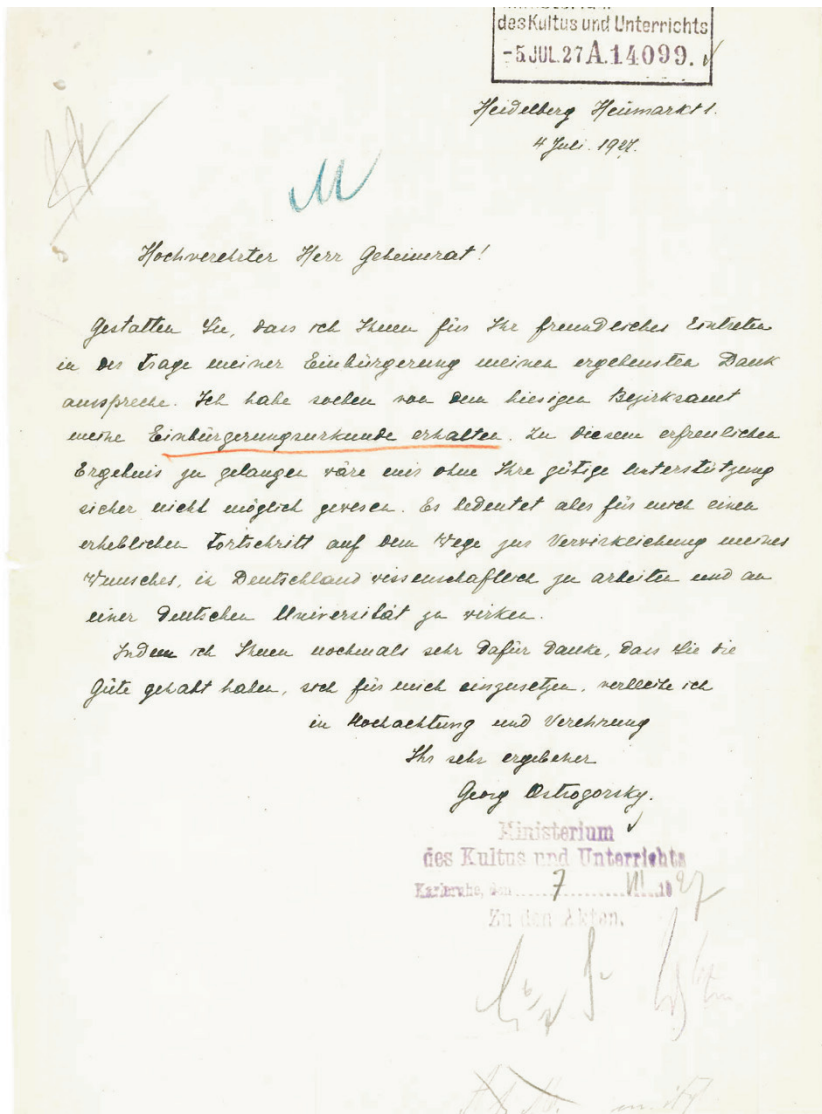


Abb. 9: QA Nr. 11 / Blatt 8

Einlauf vom 8. Juli 1927 Nr. 7887.
Abschrift.
 Der Reichsminister des Innern. Berlin NW. 40, den 5. Juli 1927.
 Platz der Republik 6.
Nr. II 5854 B.
 Betrifft: Einbürgerung des Dr. phil.
 Ostrogorsky in Heidelberg.
 An das Badische Staatsministerium (Ministerialabteilung)
 in K a r l s r u h e .
 Mit der Eingabe vom 19. Mai 1927, die ich nebst Anlagen mit dem Anheftmetellen der gefälligen weiteren Veranlassung beifüge, hat Dr. phil. Georg Ostrogorsky in Heidelberg meine Unterstützung in seiner Einbürgerungsangelegenheit erbeten. Seiner Einbürgerung in Baden dürfte zur Zeit nichts mehr im Wege stehen, nachdem die Bayerische Regierung ihre Bedenken zurückgenommen hat (zu vgl. das hier ab-schriftlich vorliegende Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums des Innern an das Badische Ministerium des Innern vom 11. Juni 1927 Nr. 4006 o 110). Ich habe daher auch davon abgesehen, Dr. Ostrogorsky von hier aus einen Bescheid zu erteilen. Aus seiner Eingabe habe ich indessen ersehen, dass ihm bekannt geworden ist, welche Umstände bisher seiner Einbürgerung entgegenstanden und welche Länder gegen seine Einbürgerung Bedenken erhoben hatten. Ich darf daher unter Bezug auf mein Rundschreiben an die Landesregierungen vom 5. Mai 1925 - II 3029 B-, betreffend abgelehnte

:/:

Abb. 10: QA Nr. 12 / Blatt 9

Einbürgerungsanträge, anheimstellen, den etwaigen dortigen Ausführungserlasse zu meinem Rundschreiben den Badischen Einbürgerungsbehörden in Erinnerung bringen zu wollen.

In Vertretung
gez. Zweigert.

Nr 7887.

I. Nebst Anlagen dem Herrn Minister des Innern

hier

mit dem Anheingeben weiterer Veranlassung ergebenst übersandt. Wegen des erwähnten Rundschreibens des Reichsministers des Innern nehmen wir auf unsere Mitteilung vom 11. Mai 1925 Nr 4771 Bezug.

Ein Benehmen mit dem Herrn Minister des Kultus und Unterrichts, der gleichzeitig verständigt ist, geben wir anheim.

II. Ergebenste Nachricht hiervon

dem Herrn Minister des Kultus und Unterrichts

hier.

Der Gesuchsteller beabsichtigt sich der Hochschulelehrerlaufbahn zuzuwenden und hat Empfehlungsschreiben des Philosophischen Seminars und des Instituts für Sozial- und Staatswissenschaften an der Universität Heidelberg sowie ein gemeinschaftlich unterzeichnetes Schreiben der Professoren Täubler, Curtius, Hampe, Andreas und Neumann daselbst vorgelegt.

Karlsruhe, den 9. Juli 1927.

Badisches Staatsministerium.

Im Auftrag

Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Karlsruhe, den 13. VII. 1927

Zu den Akten